





Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73484

 (030) 227 – 76992

 uwe.schummer@bundestag.de
Homepage: www.uwe-schummer.de

Berlin, den 15.08.2003

Mit seinem Konzept „Helfen statt strafen“ will Uwe Schummer MdB, Experte für berufliche Bildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anreize für mehr betriebliche Ausbildungsplätze schaffen.

Uwe Schummer: „Ausbildung ist Chefsache!“

„Wie Richard Kimble ist Gerhard Schröder ‚Auf der Flucht‘ vor den arbeitslosen Jugendlichen.“

„Wir halbieren den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung für jeden neuen Auszubildenden“, schlägt Schummer vor. Zur Finanzierung: Knapp 1,1 Milliarden Euro stehen alleine 2003 für das Jump-Programm zur Verfügung, dessen Erfolgsquote nur 30 Prozent beträgt. Die Mittel könnten umgeleitet werden. Dabei fallen 400 Millionen Euro pro Jahrgang an, um „Helfen statt strafen“ umzusetzen.

Schummer: „Die schon zynische Alternative der Bundesregierung sieht vor, eine Ausbildungsabgabe für Betriebe einzuführen. Dieser Vorschlag ist eine Ohrfeige für alle Firmen, die aufgrund der schwachen Konjunktur ohnehin in ihrer Existenz bedroht sind. Dagegen könnten Konzerne sich von ihrem Ausbildungsauftrag freikaufen. Die ‚Strafsteuer‘ ist kein Weg, um zusätzliche Lehrstellen zu schaffen.“

Wenn Arbeitgeber bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden, dann kommt das der betrieblichen Ausbildung zu Gute. Die aktuelle Ausbildungsplatzlücke nähert sich der 150.000-Marke. Der Mangel an betrieblichen Lehrstellen wird zu einer Katastrophe, die eine ganze Generation bedroht und junge Erwachsene ungelernnt in die Arbeitslosigkeit oder in Gelegenheitsjobs ohne Perspektive entlässt. Das zeigt auch der Arbeitsmarkt. Im Juli erreichte die Zahl Arbeitsloser unter 25 Jahren einen traurigen

PRESSEMITTEILUNG

Jahren einen traurigen Rekord von 559.903 – der höchste Stand seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Noch vor einem Jahr versprach Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, dass jeder Bewerber einen Ausbildungsplatz bekäme. Nachdem die Ausbildungsgarantie 2002 gebrochen wurde, beginnt Clement mit deutlichen Einschränkungen. Jetzt soll jeder Bewerber „einen Ausbildungsplatz, eine Berufsvorbereitung oder einen Praktikumsplatz“ bekommen. Praktikum statt Lehre: Das ist die Bankrotterklärung einer Bundesregierung, die noch immer nicht den Ernst der Lage erkannt hat. In den aktuellen Krisenzeiten muss Ausbildung Chefsache sein. Doch statt selbst etwas zu bewegen, schickt Bundeskanzler Gerhard Schröder seine Minister vor. Wie Richard Kimble ist der Kanzler „Auf der Flucht“ vor fast 560.000 arbeitslosen Jugendlichen.

PRESSMITTEILUNG